



Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland  
Frau Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Str. 1  
10557 Berlin

Thomas Hitschler, MdB  
Johannes Fechner, MdB  
Christian Flisek, MdB  
Metin Hakverdi, MdB  
Matthias Ilgen, MdB  
Christina Jantz, MdB  
Lars Klingbeil, MdB  
Mahmut Özdemir, MdB  
Florian Post, MdB  
Dennis Rohde, MdB  
Claudia Tausend, MdB  
Carsten Träger, MdB  
Dr. Jens Zimmermann, MdB

Berlin, 26. Januar 2016/sl

### **Umgang mit der Flüchtlingssituation**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die hohe Anzahl an Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stellt unseren Staat auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Wir verschließen die Augen nicht vor den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Dennoch stellen wir fest, dass Deutschland seiner Verantwortung in besonderer Weise nachkommt. Seit Monaten leisten die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Kommunen und die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer Beachtliches, um diese Mammutaufgabe zu stemmen. Wir unterstützen diesen Kurs der Bundesregierung ausdrücklich.

Als wenig hilfreich empfinden wir es jedoch, wenn sich Mitglieder der Koalitionsparteien in einen Überbietungswettbewerb neuer Vorschläge begeben. Noch bevor die Tinte getrocknet ist, mit der gemeinsam in der Koalition beschlossene Maßnahmen aufgeschrieben wurden, werden neue Forderungen in den Raum geworfen. Und das seit Wochen. Damit werden nicht nur die gemeinsam getroffenen Beschlüsse in Frage gestellt; auch die Handlungsfähigkeit der Regierung wird dadurch in ein falsches Licht getaucht. Ein solches Vorgehen verunsichert die Menschen im gesamten Land. Statt immer weiter an der Hysterieschraube zu drehen, sollten die vereinbarten Beschlüsse und bestehenden Gesetze vernünftig umgesetzt werden.



Eine der dringlichsten Aufgaben ist es, den wachsenden Antragsstau im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu beseitigen. Dass sich mittlerweile weit über 350.000 unbearbeitete Asylanträge angesammelt haben sollen, ist in unseren Augen ein unzumutbarer Zustand. Solange die Probleme an diesem Flaschenhals der Verwaltung nicht gelöst werden, verpuffen alle anderen Maßnahmen. Die Asylverfahren müssen deshalb deutlich beschleunigt werden. Dazu braucht es eine personelle Aufstockung des öffentlichen Dienstes und deutlich mehr Entscheider als bisher. Diese Aufstockung haben wir als Parlament schon vor Monaten beschlossen.

Statt die bereits abgelehnten Transitzone unter neuen Namen wieder ins Gespräch zu bringen, müssen die gemeinsam beschlossenen Registrierzentren zum Laufen gebracht werden. Dies gilt für alle Koalitionsbeschlüsse des vergangenen Novembers. Auch die Stärkung der öffentlichen Sicherheit haben wir durch eine deutliche personelle Aufstockung der Bundespolizei parlamentarisch auf den Weg gebracht.

Ausdrücklich unterstützen wir Ihr Anliegen, europäische Lösungen zu finden. Die aktuellen Herausforderungen lassen sich rein national nicht lösen. Die Durchsetzungskraft, die Deutschland im Rahmen der Euro-Krise gezeigt hat, muss auch bei diesem Thema gezeigt werden. Während der Griechenland-Krise gab es gefühlt täglich europäische Verhandlungen und Gipfel um eine Einigung zu erreichen. Statt der verheerenden Wiederbelebung von Binnengrenzen müssen die europäischen Außengrenzen gesichert werden und die vereinbarten Kontingentlösungen umgesetzt werden.

Auch plädieren wir für stärkere Investitionen in die syrischen Anrainerstaaten, allen voran Jordanien und den Libanon. Der Zustand der Flüchtlingsunterkünfte in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens entscheidet zentral darüber, wie viele Menschen weiter nach Europa fliehen. Hier kann die Bundesregierung effektiv Fluchtursachen bekämpfen und Menschen die gefährliche Fluchtroute nach Europa ersparen.

Gerade als Abgeordnete der jüngeren Generation treibt uns diese Jahrhundertaufgabe um. Die internationalen und nationalen Herausforderungen sind immens. In diesen Tagen werden die Weichen gestellt, wohin sich Deutschland und Europa entwickeln werden. Errungenschaften der letzten 70 Jahre geraten unter Druck und müssen sich nun beweisen.

Auch als Sozialdemokraten teilen wir dabei die jüngsten Sorgen und Einschätzungen des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler. Wer sich mit immer neuen unhaltbaren Forderungen an der



Panikmache beteiligt, vergiftet das Klima unserer Gesellschaft. Wer diese Angstmacherei betreibt, obwohl er in Regierungsverantwortung steht, handelt vollkommen unverantwortlich.

Damit muss Schluss sein. Nur dann können wir das schaffen. Wir wollen diesen Weg in der Koalition gemeinsam gehen. Dazu muss aber endlich die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen in den Mittelpunkt gestellt werden. Nutzen Sie hierfür Ihre Richtlinienkompetenz!

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Hitschler, MdB

Johannes Fechner, MdB

Christian Flisek, MdB

Metin Hakverdi, MdB

Matthias Ilgen, MdB

Christina Jantz, MdB

Lars Klingbeil, MdB

Mahmut Özdemir, MdB

Florian Post, MdB

Dennis Rohde, MdB

Claudia Tausend, MdB

Carsten Träger, MdB

Dr. Jens Zimmermann, MdB